

## Ganztägige Anhörung zum Thema Verwaltungsaufwand an den Schulen

### Ausschuß will Landesregierung und Landesrechnungshof unterstützen

In einer ganztägigen öffentlichen Anhörung widmete sich der Ausschuß für Haushaltskontrolle und Rechnungsprüfung (Vorsitzender Franz Riehemann, CDU) dem Problem, wie der Verwaltungsaufwand an den Schulen in Nordrhein-Westfalen eingedämmt werden kann. Zugrunde lag dabei der Jahresbericht des Landesrechnungshofs (LRH) über den Etat 1979, in dem die Prüfer zu dem Schluß kamen, daß „Verwaltungsschwierigkeiten Reformen und Bemühungen um eine fortschrittliche Schulpolitik letztlich illusorisch machen“ könnten. Ausschußvorsitzender Riehemann sagte Landesrechnungshof und Landesregierung Unterstützung bei ihren Bemühungen zu, in dieser Frage zu wirklichen Verbesserungen zu kommen. Riehemann kündigte an, daß der Ausschuß dem Plenum noch vor der Sommerpause über seine Beratungen berichten werde. - Die Berichterstattung über das Hearing wird fortgesetzt.

Dr. Burkhard Sprenger, Sprecher des Landesbunds Nordrhein-Westfalen des Deutschen Beamtenbunds, erklärte sein Einverständnis mit den Vereinbarungen, die Kultusministerium und LRH getroffen haben, um die Schulen von bürokratischer Verwaltungsarbeit zu entlasten. Seine Schätzung: Knapp die Hälfte der Verwaltungsarbeit könnte von anderen als den Lehrern billiger und besser erledigt werden.

Der Vertreter des Landesverbands Bildung und Erziehung, Uwe Franke, zog eine Parallele zum Verwaltungsaufwand in anderen Bereichen: Bei Versicherungen setze man ihn etwa bei zehn Prozent an, während die Schulen mit vier Prozent auskämen. Dennoch sei unbestritten, daß es Tätigkeiten gebe, die auf Nicht-Lehrkräfte übertragen werden sollten, etwa die Verwaltung der Schulbüchereien. Franke forderte, an jeder Schule müsse vormittags eine Schulsekretärin arbeiten. Für den Verband der Lehrer an berufsbildenden Schulen verlangte deren Sprecher Straten eine Bereinigung der Erlasse, eine Änderung der Statistik, die sich auf verwertbare und unverzichtbare Daten beschränken sollte und die Einstel-

lung von Schulassistenten für die Beschaffung, Verwaltung und Instandsetzung von Lehr- und Lernmitteln. Die Schulsekretärinnen sollten auf ihre Tätigkeit speziell vorbereitet werden.

Klaus Böcker vom Landesbezirk des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) unterstrich, daß vor allem Aufnahme und Unterrichtung ausländischer Kinder den Schulen Mehrarbeit bringe; darum sei auch an Grundschulen nicht auf die Dienste von Schulsekretären und -sekretärinnen zu verzichten. Wer sich an einer Schule um eine Funktionsstellung bemühe, sollte die Möglichkeit haben, einen Vorbereitungslehrgang für die Verwaltungstätigkeit an Schulen zu absolvieren. Für den Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL) lehnte es Nelly Friedrich ab, daß bei einer Entlastung der Lehrer durch nichtpädagogische Kräfte die Zahl der Anrechnungsstunden reduziert würde: Auch dann blieben immer noch zu viele Verwaltungsarbeiten, die nicht delegiert werden könnten. Sie nannte einen ganzen Katalog von Tätigkeiten, der vom Telefondienst bis zur Inventarisierung von Büchern reichte und der von Nicht-Lehrern zu erledigen wäre. Ihr Vor-



Ein Blick in die Reihe der Gäste: Dr. Burkhard Sprenger vom Deutschen Beamtenbund, flankiert von den Vertreterinnen des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen, Friedrich (links) und Sauer (rechts).

schlag: Pflichtvorlesungen über Schulrecht für alle Lehramtsstudenten. Ihre Organisation unterstütze alle Maßnahmen, die unnötigen Verwaltungsaufwand reduzierten.

Unmittelbar Betroffene von einer Delegation der Verwaltungsarbeit sind die Schulsekretärinnen, die sich auf Landesebene zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben. Ihre Sprecherin Magdalene Hilbig machte auf die mitunter „unwürdige“ Bezahlung aufmerksam, die anfangs in den Gruppen VIII und IX des Bundesangestelltentarifs liege und nur in größeren Städten bis zur Gruppe V gehe. Sie war überzeugt, daß fast alle Verwaltungsarbeiten im engeren Sinne von Schulsekretärinnen erledigt werden könnten - „vorausgesetzt, die Zahl der Sekretärinnen beziehungsweise deren Stundenzahl würden entsprechend erhöht“.

Anders der Deutsche Städtetag: Ulrich Weller erklärte, daß Tätigkeiten, die keine pädagogische Vorbildung erforderten, nur sporadisch aufträten und so gering seien, daß es nicht gerechtfertigt sei, über die Schulsekretärinnen hinaus weitere Nicht-Lehrkräfte anzustellen. Einen Ausweg sah er darin, die Lehrer besser für Verwaltungsaufgaben aus- und fortzubilden und die Ausstattungsstandards „energisch zu entrümpeln“. Dr. Jürgen Grabbe wies unter Hinweis auf die finanzielle Lage die Forderung zurück, jeden Tag an jeder Schule - ohne Rücksicht auf ihre Größe - eine Schulsekretärin arbeiten zu lassen.

Auch Hans Mattner vom nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebund erinnerte an die engen Grenzen, die den Schulträgern bei der Einstellung zusätzlichen Verwaltungspersonals gesetzt sind. Er warnte davor, die Tätigkeit von Schulsekretärinnen irgendwie zu normen: Dazu schwanke der Umfang der Arbeiten zu sehr. Mattner gab zu bedenken, daß an einzelnen Schulen die Zahl der Schüler um die Hälfte zurückgehe.

Dr. Leo Peters vom Landkreistag unterstrich die Stellungnahmen seiner Kollegen von den anderen kommunalen Spitzenverbänden und plädierte für „größte Zurückhaltung bei der Verlagerung von Tätigkeiten auf nichtfachliches Personal“ und regte eine Eindämmung der Erlaßflut an.



Gastgeber der öffentlichen Anhörung zum Verwaltungsaufwand an Schulen war der Ausschuß für Haushaltskontrolle und Rechnungsprüfung - auf dem Bild sein Vorsitzender Franz Riehemann, CDU (links), und der stellvertretende Vorsitzende Herbert Dahlhof, SPD (rechts). Eingeladen war auch der Ausschuß für Schule und Weiterbildung, dem Hildegard Matthäus (Bildmitte) angehört. Fotos: Tüßelmann